englische Regierung mißtrauisch machen müsse. Diese Kritik widerspricht seltsam dem neulichen Vorwurf im Social Demokrat, daß die deutsche Partei das Londoner Memorandum unbeantwortet ließ.

Von sonstigen Vorzügen abgesehen, ist die mündliche Unterredung bei dem heutigen Stande des Postverkehrs der einzig gangbare Weg der Verständigung, und daß die deutsche Partei ihn selbst aufsuchte, hat Branting, der sie neulich in einem Zeitungsartikel aus der Internationale ausschloß, selbst kaum erwartet. Branting vermutet indes, daß die englische und deutsche Chauvinistenpresse ihr möglichstes tat, um Troelstra bei der englischen Regierung in schlechtestes Licht zu stellen, und hält einstweilen eine Aeußerung über die Ursachen der Paßverweigerung für noch nicht möglich, was vermuten läßt, daß er seine Neigung bewahrte, der Regierung Lloyd Georges, im Gegensatz zur Arbeiterpartei, mildernde Umstände zuzubilligen. Persönlich bedauert Branting Troelstras Fernbleiben, aber er will die Reise trotzdem nicht abbrechen, just, weil er deswegen Angriffe in Schweden voraussieht.

Uebrigens scheint Branting, welcher die Besserung der Kriegslage der Entente als Voraussetzung einer baldigen Verständigung über den Frieden betrachtet, seiner Reise eher Privatcharakter beizulegen, da er sich wegen seiner Haltung auf der Londoner Konferenz nicht einmal mit dem an das vorjährige holländisch-skandinavische Komitee angeschlossenen Agelrod und den unlängst zur Herstellung internationaler Verbindungen herangezogenen zwei Vertretern der antibolschewistischen russischen Parteien ins Einvernehmen setzte.

•

Eine Aeußerung Hendersons.

Amsterdam, 23. Juni. In einem Interview mit Reuter hat Arthur Henderson über den Beschluß der englischen Regierung, Troelstra nicht zu erlauben, nach England zu kommen, erklärt, daß dieser Beschluß auf der Jahresversammlung der Arbeiterpartei in der nächsten Woche einige Enttäuschung hervorrufen werde. Es sei töricht, Troelstra als einen Deutschenfreund zu bezeichnen. Er sei ein Internationalist, der unter den schwierigsten Umständen stets eine neutrale Haltung gegenüber den beiden kriegführenden Parteien eingenommen habe.

Keine andere Außenpolitik Bulgariens.

Berlin, 23. Juni. Anläßlich des Wechsels im bulgarischen Ministerpräsidium hat zwischen dem Kaiser und dem Zaren von Bulgarien ein Telegrammaustausch stattgefunden. Zar Ferdinand hat dem Kaiser mitgeteilt, daß er Dr. Radoslawow nur schweren Herzens aus innerpolitischen Gründen von seinem Posten scheiden sehe. Er brauche wohl aber nicht zu versichern, daß durch die Ernennung Malinows zum Nachfolger Radoslawows die Außenpolitik Bulgariens keine Aenderung erfahren werde.

•

Zum Kabinettswechsel in Bulgarien.

Sofia, 23. Juni. Der neue Ministerpräsident Malinow empfing heute den Vertreter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus zu einer längeren Unterredung. Er betonte dabei, daß die Gründe, die den Kabinettswechsel verursachten, ausschließlich in innerpolitischen Schwierigkeiten lagen, wie sie namentlich durch die Nahrungsmittelverteilung entstanden seien. In der äußeren Politik habe er ein gutes Erbe übernommen, für das das bulgarische Volk, wie bisher, in treuer Waffenbrüderschaft mit den Verbündeten seine ganze Kraft einsetzen werde. Die Richtlinien der Politik würden sein die Sicherstellung der Ernährung des Volkes und der Armee und die Festigung des Vertrauens des bulgarischen Volkes in seine Zukunft.

Mit rückhaltloser Offenheit betont Herr Malinow hierbei seine unerschütterliche Bündnistreue zu den Zentralmächten. Dieses feste, ohne jede Einschränkung gegebene Bekenntnis zu den Richtlinien einer äußeren Politik, die Bulgarien zu seiner nationalen Einheit verhalf und dem Lande seinen Platz als erste Balkanmacht für alle Zeiten sicherte, wird überall in Deutschland und Bulgarien sowie den anderen verbündeten Ländern lebhaften sympathischen Widerhall finden. Klar und knapp, aber gerade deshalb um so eindringlicher sind die Sätze, in denen Ministerpräsident Malinow sein bedeutsames politisches Glaubensbekenntnis ablegte. Zugleich sind sie ein unverrückbarer Beweis für die Gemeinsamkeit der Ziele und Interessen, die Bulgarien auf immer mit den Mittelmächten verbindet, Ziele, für die auf den Schlachtfeldern das Blut der Söhne der verbündeten Länder vergossen wurde.

Eine russische Absage an die Kriegstreiber der Entente.

Stockholm, 21. Juni. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die offiziöse Iswestija wendet sich in einem Artikel gegen die Bestrebungen, Rußland ohne Rücksicht auf seinen Mangel an Vorbereitung und auf Abneigung seiner Bevölkerung in einen neuen Krieg zu treiben. Sie schreibt: „Die zu diesem Abenteuer hetzen, mögen sich bewußt sein, daß sie bei der Verwirklichung ihrer Pläne auf den verzweifelten Widerstand des revolutionären Rußlands stoßen werden. Ein schlechter Trost für sie sind die Phantasien verräterischer Sozialisten, die sich einbilden, die Macht der Sowjets in die Luft sprengen zu können, indem sie die angebliche Enttäuschung der Massen über die Sowjet-Regierung in die Welt hinausposaunen. Die Regierung bleibt unerschütterlich in ihrem Vertrauen. Es werden sich nicht nur Millionen von Arbeitern und Bauern in revolutionäre Legionen verwandeln, um im äußersten Notfall die Sowjetmacht zu verteidigen, sondern auch überall werden die Massen nicht dulden, daß Rußland in einen neuen Krieg mit Deutschland gehetzt wird.

Bisher 40000 Italiener gefangen.

Wien, 22. Juni. Amtlich wird verlautbart: Die Kämpfe an der Piave haben gestern an Heftigkeit abgenommen. Wo die Italiener — wie in einzelnen Abschnitten des Montello und westlich von San Dona — ihre Angriffe erneuerten, wurden sie, wie früher, unter großen Verlusten zurückgeschlagen.

Der Feind verlor zwischen dem 15. und 20. Juni durch unsere Flieger und durch die Abwehr von der Erde 42 Flugzeuge. Außerdem büßte er vier Fesselballone ein. Die Zahl der Gefangenen ist auf 40 000 gestiegen. Unter diesen befinden sich auch einige tschecho-slowakische Legionäre, die sofort der durch die Kriegsgesetze vorgesehenen standrechtlichen Behandlung zugeführt wurden.

Der Chef des Generalstabs.

wtb. Wien, 22. Juni. Amtlich wird verlautbart: Die Kämpfe an der Piave waren auch gestern weniger heftig. Nur am Südflügel unserer Armeefront nahm der Feind nachmittags seine Gegenangriffe wieder auf. Sonst überall Geschützkampf. Die schweren, wolkenbruchartigen Regen, die in der letzten Wochen fast täglich über Venetien niedergingen und weite Strecken der Ebene unter Wasser setzten, hatten für die Truppen die Lasten und Entbehrungen des Kampfes vervielfältigt. Die Piave ist zu einem reißenden Strom geworden, dessen Wassermassen wiederholt den Verkehr zwischen beiden Ufern auf viele Stunden unterbanden. Es ist nur unter den größten Schwierigkeiten möglich, den Kämpfern an der Front den nötigsten Bedarf an Munition und Verpflegung zuzuführen. Um so größere Anerkennung ist den braven Truppen zu zollen, deren Kampfkraft auch in noch härterer Lage ungebrochen blieb.

Der Chef des Generalstabs.

•

Im italienischen Heeresbericht

vom 21. Juni heißt es unter anderem: Der Druck des Gegners auf dem Montello blieb auch gestern stark, doch begegneten ihm unsere Truppen überall, indem sie Gegenangriffe machten und Boden zurückgewannen. Versuche des Gegners, nach Westen und Süden vorzudringen, mochten den Kampf besonders lebhaft. Oestlich der Linie Casa Gheller-Bavari und in der Umgegend des Bahnhofes von Hervesa an der Piave verdichtete sich der Kampf. In einigen Abschnitten westlich von Candela wurde ein feindlicher Angriff restlos abgewiesen. Weiter südlich auf der Höhe Fagara-Cencon setzte unsere in der Nacht vom 19. zum 20. Juni begonnene Gegenoffensive sich unaufhaltsam fort und brachte uns auf die Stellungen des Vortages zurück, wobei der Feind seinem tapferen Widerstand entsprechende Verluste erlitt und einige Hundert Gefangene in unserer Hand ließ. In dem Abschnitte westlich von San Dona versuchte der Feind eine starke Unternehmung bei Jesson. Wiewohl er durch unser Feuer zum Stehen gebracht wurde, erneuerte er viermal seine Angriffe, bis er, erschöpft durch außerordentlich schwere Verluste, vor der unglaublichen Tapferkeit der sardinischen Brigade Sassari zurückweichen mußte. Bei Cassa Cucherina haben wir unsere Brückenköpfe erweitert. Die Zahl der seit Beginn der Schlacht bisher gemachten Gefangenen beträgt 12 000. Trotz ungünstiger Witterung entfalteten die Flieger gestern ihre gewohnte Tätigkeit. Elf feindliche Apparate wurden zum Absturz gebracht. Zum erstenmal wetteiferten unsere und die alliierten Flieger mit amerikanischen Piloten, die, kaum an der Front eingetroffen, sich an der Schlacht beteiligen wollten. Der tapfere Major Balarca, der am 10. Juni seinen 34. Luftsieg errungen hatte, ist von seinem Heldenfluge nicht zurückgekehrt.

Der Marsch der Tschecho-Slowaken.

Moskau, 23. Juni. (Nichtamtl. Telegraphen-Agentur.)

Nach der Einnahme von Omsk marschieren die Tschecho-Slowaken auf Tobolsk und Jachtim. Nach der Schlacht vom 8. und 9. warfen die an Zahl überlegenen tschecho-slowakischen Abteilungen die Sowjet-Truppen in der Richtung auf Kasantin und Tschaljabinsk zurück.

Eine Meldung vom Tage vorher lautete günstiger für die Sowjet-Truppen. Sie besagte:

Moskau, 22. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Von der tschechisch-slowakischen Front wird gemeldet: Der Rat der Volkskommissare erhielt aus Jekaterinburg die Nachricht, daß die Sowjet-Truppen nach einem Kampf auf der Front Sibirien—Ural in der Richtung auf Uralsk die Fabriken in Taslinsk bei der Station Maqush, 125 Werst von Jekaterinburg und 160 Werst von Tscheljabinsk eingenommen haben. Hiernach befindet sich die Hälfte der Eisenbahn Jekaterinburg—Tscheljabinsk in den Händen der Sowjet-Truppen. Nach verbürgten Meldungen fielen in dem Tal der Solmanaka (?) nordwestlich von Tscheljabinsk sieben Abteilungen Tschecho-Slowaken mit drei leichten und zwei schweren Geschützen. Im allgemeinen geben die tschechoslowakischen Truppen einem Kampfe aus dem Wege und sammeln sich im Bezirk von Kyschtymsk (?).

Blutige Zusammenstöße in Budapest.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus brachte Graf Michael Karolyi die Lohnbewegung unter den Arbeitern der Maschinenfabrik der Staatsbahnen zur Sprache, die zu Unruhen geführt und das Einschreiten der Gendarmerie zur Folge hatten. **Zusammenstöße zwischen streikenden Arbeitern und der Gendarmerie verursachten den Tod von vier Personen.** Fünf wurden schwer und zwölf leicht verletzt. Karolyi bezeichnete die Forderungen der Arbeiter, die schlechter gestellt seien als in privaten Betrieben, als gerecht und erklärlich. Die rückschrittliche Lösung der Wahlreformfrage habe wesentlich zur Erregung der Stimmung beigetragen. Graf Karolyi rief: Reizen Sie nicht die Massen auf! Ministerpräsident Dr. Weterle erklärte, er müsse die Behauptungen Karolyis in verschiedenen Punkten berichtigen. Zu diesem Behufe verliest Weterle den Polizeibericht. Dieser besagt: In der Maschinenfabrik der Ungarischen Staatsbahn, deren Arbeiter seit Beginn dieses Monats in ein Landwehrbataillon eingereiht sind, waren infolge von Lohnforderungen Arbeitseinstellungen auf der Tagesordnung. Die Arbeiter forderten statt 90 Heller Stundenlohn 160 Heller. Oberst Dauniger erschien hierauf in der Fabrik und erklärte, er sei für Lohnfragen nicht zuständig, und ermahnte die Arbeiter, nicht zu streiken. Die Arbeiter setzten die Arbeit fort. Am 19. Juni, 8 Uhr früh, stellten sie dieselbe wieder ein. Um 9½ Uhr, bei Beginn des Streiks, wollte man flüssiges Eisen durch arbeitswillige Hilfsarbeiter ausgießen lassen, damit die Kessel nicht unbrauchbar würden. Diese Arbeiter wurden jedoch von einem der Streikenden bedroht. Dieser Streikende wurde nun zur Vernehmung beordert. Er kam jedoch nicht allein, sondern zusammen mit 400 Arbeitern vor das Gebäude des Kommandos. Major Zsejonka forderte die Versammelten auf, sich zu zerstreuen. Gendarmen trieben die Versammlung auseinander. Nach einer Viertelstunde erschienen jedoch 1000 Arbeiter, die inzwischen die Arbeit niedergelegt hatten, vor der Kanzlei. Ein Fabrikarbeiter suchte die Arbeiter zu bewegen, daß sie sich entfernten. Der Major erschien und ermahnte die Arbeiter, Gehorsam zu leisten, da sonst schwere Folgen eintreten würden. Es ertönte jedoch aus der Menge der Ruf: Jetzt gehen wir erst recht nicht weg! und die Arbeiter blieben auf dem Platze. Die Gendarmerie versuchte sie ohne Waffengebrauch zu zerstreuen. Es wurden auf die Gendarmen Eisenstücke geschleudert, und auch der Major wurde am Kopfe und an der Hand verwundet. Aus den Werkstätten erfolgten zwei Schüsse. Angesichts dieser Vorgänge ordnete der Major den Gebrauch der Schußwaffe an. Jedoch kommandierte er keine Salve. Die Gendarmen schossen auf diejenigen, die sie angegriffen und mit Eisenstücken beworfen hatten. Vier Arbeiter wurden getötet und neunzehn verwundet. Infolge der Schüsse strömten die Arbeiter aus der benachbarten Ganzschen Waggonfabrik herbei und verwüsteten die Kanzlei. Der Gendarmerie gelang es, die exzedierenden Arbeiter zu vertreiben. — Der Ministerpräsident erklärte, es werde eine Untersuchung eingeleitet werden, ob der Waffengebrauch notwendig und begründet war. Er bemerkte weiter, daß die Arbeitseinstellung sich ausdehne und in einer großen Anzahl von Fabriken gestreckt werde. Weterle sagte, er mache nicht die verhetzten Massen verantwortlich, sondern die Organisatoren und Aufwiegler. Er wolle auch künftighin mit den Arbeitern wohlwollend und schonungsvoll verfahren; jedoch könne die Forderung der Arbeiter nicht bewilligt werden, daß man die Gendarmerie aus den Fabriken entferne und den Gewerkschaften einen entscheidenden Einfluß überlasse. Falls die Arbeiter den Streik beenden, würden alle ihre berechtigten Wünsche erfüllt werden. Jedenfalls werde die Grenze der Lohnsätze auf dieselbe Höhe gelegt werden wie in Privatfabriken. Graf Karolyi ruft dazwischen: Man hätte damit anfangen sollen!

Handelsminister Szterenyi verteidigte sich gegen den Vorwurf Karolyis, daß die Lage der Arbeiter in den Staatswerkstätten schlechter sei als in Privatbetrieben. Karolyi hat sich auf eine Verordnung berufen des Inhalts, daß man im Falle eines Streiks mit den Arbeitern nicht verhandeln, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung sei angeblich mit meiner Mitwirkung erlassen worden. Das ist nicht richtig. Es verhält sich so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militarisiert wurden, die Kompetenz des Kriegsministers begründet wurde, der lediglich nach militärischen Normen verfügt. In diesen Betrieben besitze ich keinerlei Einfluß. Seit die Arbeitseinstellungen erfolgen, erklärte der Handelsminister, wird die Arbeiterbewegung künstlich genährt. Im Kohlenbergwerk in Petrozseny herrscht seit einigen Tagen ein Streik. 600 Waggon Kohlen fehlen täglich im Verkehr. Der Streik ist ungerecht, weil der militärische Befehlshaber über einen Arbeiter eine Disziplinarstrafe verhängte und die anderen Arbeiter sich mit diesem widerspenstigen Arbeiter solidarisch erklärten. Der Handelsminister bemerkte schließlich, daß auch im Post- und Telegraphenwesen Zeichen von Unruhe bemerkbar seien. Er habe jedoch erklärt, daß er, falls der Eisenbahn- und Postverkehr gestört würden, mit unerbittlicher Strenge einschreiten werde. Es sei Pflicht des Handelsministers dem Lande gegenüber, jene großen Interessen, die sich an Eisenbahn und Post knüpfen, unter keinen Umständen stören zu lassen. (Lebhafter Beifall.)

Franz Mehring über den Zusammenbruch der Unabhängigen.

Die Prawda vom 13. Juni veröffentlicht ein sehr interessantes „Offenes Schreiben Mehrings" vom 3. Juni d. J. Es lautet in seinen wesentlichsten Stellen wörtlich:

„Werte Genossen!

Es kann von meiner Seite zu selbstbewußt erscheinen, wenn ich als einer Eurer deutschen Gesinnungsgenossen mich erdreiste, Euch, russische Genossen, meinen brüderlichen Gruß und die herzlichsten Glückwünsche zu übersenden. Im Wirklichkeit schreibe ich an Euch nicht als einzelne Privatperson, sondern als ältestes Mitglied der Gruppe „Internationale" und der „Spartakus"gruppe, jener Richtung in der deutschen Sozialdemokratie, die seit nunmehr vier Jahren unter den schwierigsten Verhältnissen auf dem gleichen Boden, mit den gleichen Mitteln und der gleichen Taktik kämpft, der auch Ihr Euch bedient habt, bis Eure Bestrebungen durch den Sieg gekrönt wurden . . .

Könnte ich Euch wenigstens eine trostreichere Nachricht aus dem inneren Leben der deutschen Arbeiterwelt bringen! Einem Tintenfleck gleich fährt der Regierungssozialismus fort, alles, was ihn umgibt, in sich aufzusaugen, obgleich er in moralischer und politischer Beziehung ausgespielt hat. Daß es ihm durch allerhand Machenschaften, gedeckt durch den Belagerungszustand, gelungen ist, fast alle Arbeiterblätter an sich zu reißen und durch Hunderte von Ableitungen Gift und Schmutz in die Massen zu leiten, ist noch das geringste Uebel.

Ungleich mehr gibt der Umstand zu denken, daß die Arbeitermassen noch immer dem Regierungssozialismus zuströmen, der hierdurch die Möglichkeit erhielt, die unabhängige Sozialdemokratie in drei Wahlkämpfen vernichtend zu schlagen . . .

Man darf hierbei natürlich nicht den Umstand aus dem Auge lassen, daß der Kampf nicht mit gleichen Waffen geführt wurde . . . Doch welches Gewicht man dieser Ungleichheit auch beilegen mag, sie genügt noch bei weitem nicht, um die Schwere der beiden Niederlagen zu erklären: In der Zeit des Sozialistengesetzes hatten die Sozialdemokraten oft unter gleich ungünstigen oder noch schlimmeren Verhältnissen den Sieg davongetragen. Die wahre Wurzel des Uebels liegt tiefer. Sie ist erst während dieser Wahlen, wie schon früher in einigen Symptomen, zutage getreten: es mangelt der unabhängigen Sozialdemokratie an der werbenden Kraft, um die proletarischen Massen aufzurütteln und fortzureißen . . .

Zu spät und erst nach langem Schwanken haben sie sich vom Regierungssozialismus losgesagt, an dessen Sünden sie wohl oder übel lange Zeit teilgehabt haben. Auch der Zusammenschluß zur Partei erfolgte nicht auf der Grundlage einer allgemeinen und klaren Verständigung. In diesen, darunter auch in wichtigen Fragen, gehen ihre Ansichten auseinander. Das Bindeglied zwischen ihnen bildet nicht die Parole „vorwärts", sondern „rückwärts".

Sie möchten die alte deutsche Sozialdemokratie, die bis zum 4. August 1914 bestanden hat, wiederherstellen. Sie wollen zurück zu ihrer „alten erprobten Taktik" mit ihren „glänzenden Siegen" von Wahl zu Wahl, zu ihrem siegreichen Kampf gegen den „Revisionismus" von einem Parteitag zum andern usw.

Aber dieses Ziel der Unabhängigen ist nichts als eine Maske, zudem eine reaktionäre, da sie die Absicht hat, den Leichnam auszugraben und ihn zu neuem Leben zu erwecken.

Dieser Treuer der unabhängigen Sozialdemokraten um die unwiderbringliche Vergangenheit entspricht ihre völlige Blindheit gegenüber den treibenden Kräften der Gegenwart. Den über sie durch die Niederbarnimer Niederlage zugefügten Schmerz wollen sie durch einen heftigen Feldzug gegen die Bolschewiki mildern, den hier der Menschewik Stein und neben ihm oder rückiger über ihm der große Theoretiker K. Kautsky führen. In der Tat, sie begehen eine Heldentat und beweisen einen unerschöpflichen Born von Staatsweisheit. Könnte dies Karl Marx erfahren, er würde sich im Grabe umdrehen. Für die Partei ist überhaupt kennzeichnend, daß sie noch immer fortfährt, für Kautsky, als einen heiligen Propheten zu schwärmen, obgleich sie mindestens seit dem 4. August 1914, wissen müßte, daß diesem gelehrten Schulmeister nicht die geringste Spur von Marxens revolutionärem Geist innewohnt.

Aus all diesem folgt, daß die unabhängige Sozialdemokratie im deutschen Proletariat weder treibende Kraft noch Anziehungskraft besitzt. Die Arbeiter wissen sehr genau, was für sie die Selbständigkeit ihrer Klasse bedeutet. Wenn sie sich mit der Parteispaltung gefunden geben sollen, so wollen sie diesen in ihren Augen, und auch in der Tat, teuren Preis nicht umsonst zahlen . . .

Die unabhängige Sozialdemokratie kann natürlich sagen, daß sie die Spaltung nicht gewollt hätte, sie sei aus der Partei halb und halb mit Gewalt von den Regierungssozialisten hinausgedrängt worden.

Aber die Folge ihrer Politik der Halbheiten und des Zauderns war, daß die Massen ihr den Rücken kehrten, da sie in ihr die Ursache der Parteispaltung erblickten. In der Tat, was ist dabei gewonnen, wenn die Regierungssozialisten sagen: „Wir bewilligen die Kriegskredite, aber durchaus nicht aus prinzipiellen Gründen", und die unabhängige Sozialdemokratie erklärt: „Wir lehnen die Kriegskredite ab, aber durchaus nicht aus prinzipiellen Gründen." „Ja" und „Nein" entspringen der gleichen Absicht, beide wollen den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen.

Soweit die Ergänzungswahlen ein Urteil zulassen, wird die unabhängige Sozialdemokratie von den 28 Mandaten, über die sie verfügt, deren